

## **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Elektromobilität fördern – Ladeinfrastruktur ausbauen**

Der Beitrag des Mobilitätssektors zur Bewältigung der Klimakrise gleicht bisher einem Totalausfall. Daher ist es zu begrüßen, dass sich die rot-grün-gelbe Regierungskoalition im Bund neben dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Rad- und Fußverkehrs das Ziel gesetzt hat, die Zahl der voll-elektrisch angetriebenen PKW bis zum Jahre 2030 auf bundesweit 15 Millionen zu steigern. Gleichzeitig hat die Ampel-Koalition das Ziel formuliert, die öffentliche Ladeinfrastruktur auf eine Million Ladepunkte im Jahr 2030 auszubauen, damit rechnerisch ein öffentlich zugänglicher Ladepunkt je 15 E-PKW zur Verfügung steht.

### **Der Rat der Stadt möge daher beschließen:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Konzeptionell darzustellen, wie und wo öffentliche Ladesäulen auf dem Gebiet der Stadt errichtet werden sollten – ausgehend von der Grundannahme, dass 30 Prozent des aktuellen Kfz-Bestandes im Jahre 2030 voll-elektrisch angetrieben werden und für je 15 voll-elektrisch angetriebene PKW ein öffentlicher Ladepunkt vorhanden sein soll.
2. Mit dem örtlichen Einzelhandel, den Tankstellenbetreibern, den Gewerbebetrieben, der gewerblichen Wohnungswirtschaft/den Wohnungsunternehmen und weiteren Akteuren Gespräche zu führen, um deren Bereitschaft zu ermitteln, inwieweit sie auf ihrem Gelände selbst öffentlich zugängliche Ladesäulen installieren oder diese mindestens auf ihrem Gelände dulden würden. Dabei sollte eine Koordinationsfunktion zwischen den verschiedenen Akteuren wahrgenommen werden.
3. Mögliche geeignete Standorte für das Errichten vornehmlich von Schnelllade-Hubs im öffentlichen Raum zu identifizieren und darzustellen. Dabei sind die Leistungsfähigkeit des Verteilernetzes sowie weitere relevante Faktoren zu berücksichtigen.

**Alternativvorschlag:** Ein Ladeinfrastrukturkonzept zu erarbeiten und vorzulegen – ausgehend von der Grundannahme, dass 30 Prozent des aktuellen KFZ-Bestandes im Jahre 2030 voll-elektrisch angetrieben werden und für je 15 voll-elektrisch angetriebene PKW ein öffentlicher Ladepunkt vorhanden sein soll.

### **Begründung:**

Der im Jahr 2021 deutlich beschleunigte Ausbau der E-Mobilität und die Ankündigung namhafter Hersteller, aus der Produktion von Verbrenner-PKW auszusteigen, zeigt, dass das Ziel der Bundesregierung, bis 2030 mindestens 15 Millionen E-PKW in Deutschland zugelassen zu haben, sehr realistisch ist. Mit dieser Entwicklung muss der bisher viel zu langsame Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur Schritt halten.

Aktuell werden etwa 85 Prozent der Ladevorgänge beim Laden von E-PKW an privaten Ladestationen oder am Arbeitsplatz vorgenommen. Das Laden an privaten

Stationen wird auch in Zukunft die zentrale Rolle spielen. Dessen ungeachtet ist es nach einhelliger Fachmeinung erforderlich, eine zumindest für den Hochlauf der E-Mobilität überdimensionierte, diskriminierungsfrei zugängliche öffentliche Ladeinfrastruktur vorzuhalten. Nur so lasse sich das Nutzererlebnis für E-Fahrzeuge attraktiver gestalten und der Umstieg auf Elektromobilität erleichtern.

Dabei muss Delmenhorst nicht selbst Betreiberin öffentlicher Ladesäulen sein, sich aber der Aufgabe stellen, deren Aufbau vornehmlich auf quartiersnahen Parkplätzen von Unternehmen und auf geeigneten öffentlichen Flächen zu koordinieren, zu begleiten und erforderlichenfalls planerisch zu realisieren. Darauf weist auch der Niedersächsische Städtetag in einem gemeinsamen Positionspapier mit dem Verband der Wohnungswirtschaft vom Oktober 2021 hin.

Die neue Bundesregierung hat bereits angekündigt, den Aufbau öffentlicher Ladesäulen weiterhin und ggf. über die aktuelle Förderung hinaus zu fördern.